

13./VII. 1915

144

Ministerkonferenz

Um hiefür die zuverlässigste Basis rechtzeitig zu schaffen, werden die Unterbehörden aufgefordert, unverzüglich an der Hand der zur Verfügung stehenden Bebelse (des bereits vorliegenden Materiales), beziehungsweise durch Neuerhebungen bei den Gemeinden festzustellen:

1. Welche Quantitäten an Getreide (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer) sind als Monatsrate pro Dezember an die Landes-sammelstelle (das Lagerhaus) aus dem Bezirke zur Ablieferung gelangt?

2. Welche bereits angeforderten und sichergestellten Quantitäten werden in den folgenden Monaten einschließlich März zur Einlieferung gelangen?

3. Welche Quantitäten an Getreide (welche Sorten) sind außerdem zur Zeit aus dem Bezirke noch aufbringbar?

Bezüglich Punkt 3 wird es Aufgabe der Unterbehörden sein, möglichst rasch annähernd ein Bild zu gewinnen, wie weit die einzelnen Gemeinden nach den Eigentümlichkeiten der Produktion an einzelnen Getreidesorten noch leistungsfähig sind.

Im Anschlusse daran erklärt der Bürgermeister, daß dieser Erlaß direkt ein Attentat auf die Zivilbevölkerung sei. Die Zivilbevölkerung habe doch auch ein Recht zu leben. Wenn auch Wien als Konsumort durch diese Maßnahmen nicht so sehr betroffen werde, so bedeute dieser Erlaß eine große Gefahr für die Landbevölkerung.

Der Bürgermeister erklärt, er wolle den früher verlesenen Bericht über die Aktionen der Gemeinde Wien in der Mehlerverorgungsfrage der Öffentlichkeit übergeben.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß er namens der Großeinkaufsgenossenschaft in der Statthaltereie vorgesprochen und Mehl aus den Regierungsvorräten verlangt habe; um die Wiener Bevölkerung mit Mehl versorgen zu können; von den 2400 Waggons solle ein Teil für diesen Zweck sichergestellt werden. Darauf sei ihm erwidert worden, 1200 Waggons gehören der Heeresverwaltung, 500 der Firma Mendl, bezüglich weiterer 500 Waggons könne kein Aufschluß gegeben werden.

Die Bevölkerung sei der Meinung, daß das Mehl zurückgehalten und Wucher getrieben werde. In Wien sei aber tatsächlich kein Mehl mehr vorhanden und es komme auch keines wegen des herrschenden Waggonmangels. Wie die Höchstpreise umgangen werden, dafür sei folgender Fall beispielgebend:

Eine kleine Mühle in Ungarn, von der er Mehl bezog, rechnete für den Sack 5 K, so daß sich das Mehl auf 72 K 85 h stellte; es müßten daher auch Höchstpreise für die Säcke festgesetzt werden.

Der Bürgermeister richtet hierauf an die Konferenz die Frage, wie sie sich zur Heranziehung der eisernen Vorräte der Gemeinde stelle; er sei der Meinung, diese müßten für den Fall der größten Not, die jetzt noch nicht vorliege, zurückgehalten werden. Er habe einen Agenten nach Budapest gesendet zur vertraulichen Erhebung von Getreide- und Mehlvorräten, ebenso einen Agenten nach Mähren, um Beschlagnahms-Anträge stellen zu können, habe jedoch bis jetzt keine Nachricht erhalten.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, er habe auf 15.110 q rumänischen Weizen bis Ende Dezember 1914 geschlossen, die Lieferung sei storniert worden.

Auf ein Anbot zur Lieferung von rumänischem Mehl aus Galatz (20 Waggons) habe er keine Antwort erhalten.

Weitere vier Versuche, amerikanisches Mehl zu bekommen, seien durch die internationale Lage gegenstandslos geworden; zwei weitere Versuche, aus Rumänien Weizen zu bekommen, seien ebenfalls gescheitert.

Ein weiterer Schluß auf amerikanischen Weizen durch die Kreditanstalt auf 10.000 q bis zu 50.000 q Zif. Genua sei noch nicht ausgeführt.

Eine merkwürdige Tatsache ist es, daß die Heeresverwaltung bis jetzt bloß in Österreich, aber nicht in Ungarn requiriert habe.

Gem.-Rat Leitner gibt der Meinung Ausdruck, daß der eiserne Vorrat der Gemeinde zurückgehalten werden solle, bis in Wien überhaupt kein Mehl mehr zu haben sei.

Gem.-Rat Keumann spricht sich in demselben Sinne aus.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß das Verhalten der Regierung in grauem Widerspruch stehe mit dem, was den Vertretern der Obmänner-Konferenz vom Ministerpräsidenten seinerzeit gesagt wurde. Es wurde zugesichert, von den Vorräten des Militärärars der Gemeinde Mehl zu verschaffen, das Gegenteil davon sei aber geschehen, es würden jetzt noch Requisitionen angeordnet. Das Kommunique ironisiere die Schritte der Gemeinde: Wenn das geschehen wäre, was die Gemeinde verlangt habe, nämlich einheitliche Festsetzung der Höchstpreise, dann wäre es noch schlechter. Es solle in dem Berichte des Herrn Bürgermeisters darauf hingewiesen werden, daß die Gemeinde nicht „gleiche“, sondern „einheitliche“ Höchstpreise verlangt habe.

Die Konferenz erklärt sich mit der Publikation des Berichtes des Bürgermeisters im Amtsblatte einverstanden.

Vize-Bürgermeister Hof referiert über die Übernahme einer Ausfallsgarantie durch die Gemeinde Wien für die zu gründende Wiener Mietdarlehenskassa und beantragt:

„Die Gemeinde Wien ist bereit, für die nach dem Muster der Kriegskreditbank in Form einer Aktiengesellschaft zu gründende Wiener Mietdarlehenskassa eine Ausfallgarantie bis zum Betrage von einer Million Kronen zu übernehmen, wenn das Aktienkapital von einer Million Kronen aufgebracht, die Einräumung eines Reeskontos mindestens im vierfachen Betrage des eigenen und garantierten Kapitals seitens der Österreichisch-ungarischen Bank zugesichert und der Gemeinde Wien eine entsprechende Vertretung im Verwaltungsrate (durch mindestens drei Mitglieder) und über Wunsch auch im Exekutiv-Komitee (durch ein Mitglied) gewährleistet wird.“

Wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Vize-Bürgermeister Rain referiert über die Vereinfachung der Weißgebäcks-Erzeugung und beantragt, nachstehende Resolution zum Beschlusse zu erheben:

„Mit Rücksicht auf die Knappheit der Vorräte an Brotgetreide ist durch die Verordnung des Handelsministers vom 31. Oktober 1914, R.-G.-Bl. Nr. 301 und 302, die Verwendung von Weizen- und Roggenmehl zur Brot-Erzeugung eingeschränkt und der sogenannte Gebäcksaustausch verboten worden. Die Erzeugung von Weißgebäck ist aber von jeder Beschränkung freigeblieben.“

Da nun zu besorgen ist, daß durch übermäßige Erzeugung von Weißgebäck der Zweck der genannten Verordnung vereitelt wird und daß überdies bei dem Mangel an gelernten Arbeitern die üblich große Mannigfaltigkeit der Weißgebäcksorten zu einer unnötigen Gebäckverteuerung führt, erachtet es der Stadtrat (Gemeinderat) als dringend notwendig, daß auch bezüglich der